

# Stadt tritt der Kampagne sicherer Hafen nicht bei

**Gemeinderat lehnt es nach engagierter Debatte ab, sich mit der Aktion für Flüchtlingsarbeit solidarisch zu erklären**

RHEINFELDEN (ebi). Die Stadt wird der Kampagne „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ nicht beitreten. Das hat der Gemeinderat in seiner jüngsten Sitzung entschieden, nachdem das Thema zuvor erneut – wie schon im Sozialausschuss – engagiert diskutiert worden war.

Zu Beginn der Sitzung hatte Jörg Hinderer für den Freundeskreis Asyl noch einmal eindringlich darum gebeten, dass die Stadt der Kampagne beitreten möge. Der Helferkreis hatte Ende Januar einen Antrag mit dieser Forderung gestellt.

Zunächst erläuterte der Integrationsbeauftragte Dario Rago die Position der Verwaltung. So könnten sich die Kommunen, die sich sicherer Hafen nennen möchten, zu acht Forderungen verpflichten, darunter eine öffentliche Solidaritätserklärung, die aktive Unterstützung der Seenotrettung und eine Aufnahme von Flüchtlingen zusätzlich zur Quote. Die Betonung liegt auf dem Wort „können“, denn laut Rago reiche es aus, wenn sich eine Kom-

mune zu einem der acht Punkte bereit-erkläre. „So entsteht der Eindruck von Willkür“, sagte Dario Rago. Der Umgang mit den Forderungen sei unscharf. Darüber hinaus tue die Stadt Rheinfelden bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen bereits mehr, als sie müsse. Daher lautete die Beschlussvorlage der Verwaltung, dass die Stadt die Hintergründe der Kampagne zur Kenntnis nehme, ihr aber nicht beitrete. Vielmehr appelliere sie an die Verantwortlichen, eine europäische Lösung zu finden.

Eckhart Hanser (CDU) betonte, dass man den „hochgeschätzten“ Freundeskreis Asyl keinesfalls vor den Kopf stoßen wolle. Die Fraktion sehe jedoch keinen Bezug der Kampagne zu Rheinfelden, zudem sei der Umgang mit den Forderungen „wachsweich“. „Wir müssen uns bewusst sein, dass wir bei einer Zustimmung der Kampagne erlauben würden, mit unserem Namen zu werben“, gab Karin Paulsen-Zenke (SPD) zu bedenken. Sie

habe jedoch ein Problem mit der Forderung „weg von Abschiebung und Abschottung“, die auf der Internet-Seite der Seebrücke erhoben wird. Das widerspreche dem Gesetz, und dem sei der Gemeinderat verpflichtet, so Paulsen-Zenke. Rita Rübsam (Freie Wähler) sagte, dass die Forderungen der Seebrücke zunächst auf Bundes- und europäischer Ebene behandelt werden müssten.

Hannelore Nuss (SDP) hingegen plädierte für den Beitritt zur Kampagne, ebenfalls wie die Fraktion der Grünen. Elif Ünal beantragte, die Beschlussvorlage der Verwaltung abzuändern und sich der Kampagne doch anzuschließen. „Wir sollten symbolhaft beitreten, um uns solidarisch mit anderen Städten zu zeigen. Wir sind schon ein sicherer Hafen“, erläuterte Ünal. Diesen Antrag lehnte die Mehrheit der Gemeinderäte ab. Der Antrag der Verwaltung (kein Beitritt zur Kampagne) wurde bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.



**Dario Rago, der Integrations- und Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Rheinfelden.** FOTO: RALF H. DORWEILER